

Eigentor bei Daimler

Quelle : <http://www.jungewelt.de/2010/05-21/050.php>

Gesamtbetriebsrat stimmt höheren Quoten für Leiharbeit in dem Autokonzern zu und gibt zugleich blumige Erklärungen gegen prekäre Beschäftigung ab

Von Daniel Behruzi

»Wir stellen mit Besorgnis fest, daß Arbeitgeber versuchen, den Personalaufbau nach der Krise in hohem Maße in Form von Leiharbeit und anderen Formen prekärer Beschäftigung stattfinden zu lassen.« So beginnt eine am 10. Mai vom IG-Metall-Bezirk Baden-Württemberg verbreitete Erklärung von Betriebsräten. Prominentester Unterzeichner: Daimler-Gesamtbetriebsratschef Erich Klemm. Jetzt wurde bekannt, daß dieser nur vier Tage zuvor eine Betriebsvereinbarung unterschrieben hatte, mit der eine Ausweitung der Leiharbeit bei dem Stuttgarter Autobauer ermöglicht wird.

»Leiharbeit ist als Flexibilitätsinstrument ein Griff in die Mottenkiste. Um auf Auslastungsschwankungen reagieren zu können, brauchen wir keine modernen Tagelöhner. Leiharbeit (...) ist und bleibt ein Instrument der Arbeitgeber, sich aus der sozialen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten zu stehlen, Belegschaften zu spalten und die Interessenvertretung zu schwächen«, heißt es in der von etlichen Belegschaftsvertretern unterschriebenen Erklärung. Und: »Wir werden, soweit nicht ausnahmsweise Sachgründe dagegen stehen, Leiharbeit in unseren Betrieben unter Ausnutzung aller betriebsverfassungsrechtlichen und gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten verhindern.« Konterkariert werden diese noblen Worte allerdings durch eine am 6. Mai bei Daimler geschlossene und jW vorliegende Gesamtbetriebsvereinbarung, mit der die bislang geltenden Quoten für Leiharbeiter im Konzern ausgeweitet werden.

Bisher konnten bei Daimler deutschlandweit höchstens 2500 Leiharbeiter eingestellt werden. In jedem Werk durften es maximal vier Prozent der Produktionsarbeiter sein. Weitere vier Prozent der Belegschaft konnte aus befristet Beschäftigten bestehen. Diese Grenzen werden mit der nun getroffenen Vereinbarung aufgeweicht. Jetzt kann der Leiharbeiteranteil in der Produktion auf acht Prozent gesteigert werden, mit Zustimmung des örtlichen Betriebsrats auch darüber hinaus. »Insgesamt ist das keine Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Quote bleibt bei acht Prozent«, betonte eine Sprecherin des Gesamtbetriebsrats (GBR) am Donnerstag auf jW-Nachfrage. Allerdings fällt die konzernweite Quote von 2500 Leiharbeitern, die den Anteil von Leiharbeitern in Deutschland auf rund 1,5 Prozent begrenzte, ganz weg.

»An unserer Haltung zu Leiharbeit hat sich nichts geändert«, stellte die GBR-Sprecherin klar. Die bis Ende 2011 gültige Vereinbarung müsse als »Gesamtpaket« bewertet werden. Tatsächlich enthält der Vertrag eine Reihe für die Belegschaft positiver Elemente. So wird die seit Monaten infolge der Absatzkrise vereinbarte Arbeitszeitverkürzung, die die Beschäftigten 8,75 Prozent ihres Lohnes kostet, bereits Ende Mai und damit einen Monat früher als geplant beendet. Das Urlaubsgeld bleibt den meisten Beschäftigten trotz der verkürzten Arbeitszeit vollständig erhalten. Und Auszubildende, deren Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nicht garantiert ist – das sind 20 Prozent jedes Jahrgangs – werden bis Ende 2011 übernommen. »Das betrifft bundesweit rund 500 junge Kollegen, die wir für mindestens ein Jahr gesichert haben«, erläuterte die GBR-Sprecherin.

Trotz dieser Zugeständnisse des Unternehmens ist für Tom Adler, Betriebsrat im Werk Untertürkheim, klar: »Der Preis, den wir dafür zahlen, ist zu hoch.« Angesichts einer drastischen Zunahme der Produktionszahlen in den vergangenen Wochen, wegen der in vielen Werken Sonderschichten gefahren werden, habe das Management ohnehin keinerlei Argumente für die Beibehaltung der Lohnkürzungen und die Nichtübernahme der Azubis mehr gehabt. »Das hätte auch durchgesetzt

werden können, ohne einer Ausweitung der Leiharbeit zuzustimmen«, meinte Adler. Zu Recht kritisiere die IG Metall immer wieder, daß Leiharbeit eine »Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb« schaffe. Mit Hilfe der bisherigen Regelungen habe der Betriebsrat in einigen Fällen die Übernahme von Leiharbeitern durchsetzen können. »Die Erfolgchancen für solche Kampagnen werden durch die jetzt getroffene Vereinbarung massiv verringert – das ist ein klares Eigentor«, so Adler.